

Symposium des Wissenschaftlichen Beirats der  
Südosteuropa-Gesellschaft

## Die andere Migration – Aktuelle Zuwanderung in die Länder Südosteuropas

München, 21. Februar 2020

Bericht von Jutta Lauth Bacas, Köln

Das öffentliche Symposium, das der Wissenschaftliche Beirat der SOG unter der Federführung von *Stela Ivanova* (LL.M., Regensburg) in der Evangelischen Stadtakademie in München durchführte, diskutierte Migrationsbewegungen aus Südosteuropa unter einem spezifischen Fokus: Weder die Auswanderung noch die Transitmigration (Stichwort Balkanroute) sollte im Mittelpunkt des Symposiums stehen, sondern eine „andere Migration“ – nämlich die aktuelle Zuwanderung in die Länder Südosteuropas.<sup>1</sup>

Mit vier Beiträgen über Phänomene der Einwanderung nach Griechenland, Bulgarien, Kroatien und Kosovo, die von einer Historikerin, einer Sozialwissenschaftlerin, einer Sozialanthropologin und einer Linguistin vorgestellt wurden, bot das Symposium sowohl thematisch als auch von den methodischen Ansätzen her einen breitgefächerten und differenzierten Einblick in gegenwärtige Zuwanderungsprozesse in der Region. Nach einer Begrüßung durch Dr. h. c. *Gernot Erler*, Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, und durch Dr. habil. *Jordanka Telbizova-Sack*, Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats, eröffnete *Stela Ivanova* das Symposium.

### Aus- und Einwanderungsland: Das Beispiel Griechenland

Die Historikerin Ass.-Prof. Dr. *Nicole Immig*, tätig an der Boğaziçi Universität Istanbul, reflektierte über Migrationsbewegungen aus und in eine territoriale Entität, die sich zeitlich überlappen

und überlagern können. Griechenland ist nach ihrer Darstellung ein solches Beispiel, wo Aus- und Einwanderungsprozesse nicht ausschließlich in eine Richtung stattfanden, sondern sich seit der Staatsgründung im 19. Jahrhundert immer wieder überkreuzten. So führten die territorialen Erweiterungen nach 1833 und die Verschiebung beziehungsweise Erweiterung der griechischen Grenzen zu einem deutlichen Anstieg der Bevölkerungszahlen im neu gegründeten Königreich Griechenland. Dieses Wachstum der Einwohnerzahlen wurde zudem durch die Zuwanderung von griechisch-sprachigen Familien oder Freiheitskämpfern aus dem Osmanischen Reich beeinflusst.

Andererseits ergab sich nach der Staatsgründung und der schrittweisen territorialen Ausdehnung des griechischen Staatsgebiets auch eine Abwanderung von muslimischen Bevölkerungsteilen sowie von bulgarisch und serbisch sprechenden Gruppen aus dem jungen Staat Griechenland.<sup>2</sup> Diese parallelen Zu- und Abwanderungsbewegungen führten zu einer Homogenisierung der Wohnbevölkerung mit dem Effekt, dass Nation und Territorium in Griechenland immer mehr zusammen gedacht und wahrgenommen wurden.

Eine erneute Überlagerung von Aus- und Einwanderungsprozessen ergab sich nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei führte die systematische Vertreibung der griechischen Wohnbevölkerung aus Kleinasien sowie ein obligatorischer Bevöl-

1 Siehe die Beiträge von Lumnije Jusufi, Nicole Immig und Caroline Hornstein Tomić in Heft 4/2020 der Südosteuropa Mitteilungen (erscheint in Kürze).

2 Systematisch untersuchte *Immig* die Abwanderung von Muslimen im Zeitraum von 1878 bis 1897 und deren Beweggründe für einen Verbleib in Griechenland bzw. für eine Emigration in das Osmanische Reich. Vgl. *Nicole Immig*, Zwischen Partizipation und Emigration. Muslime in Griechenland 1878–1897, Wiesbaden, Harrassowitz, 2016.

kerungsaustausch, der 1921/22 zwischen Griechenland und der Türkei vereinbart worden war, zu millionenfachen Migrationsbewegungen über die griechisch-türkische Grenze. Nach dieser Vereinbarung mussten andererseits viele muslimische Bevölkerungsgruppen aus Griechenland in die Türkei übersiedeln; tausende Mitglieder der slavophonen Minderheit wanderten ebenfalls in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg aus Griechenland aus.

Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich aufgrund von transatlantischen Migrationsprozessen das Narrativ von Griechenland als Auswanderungsland gebildet. Die Massenabwanderung in die USA (bis 1924 migrierten rund eine halbe Million Griechinnen und Griechen) wurde Ende der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts von der Weltwirtschaftskrise unterbrochen. Nach dem Zweiten Weltkrieg suchten wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage erneut hunderttausende von Griechinnen und Griechen eine bessere Zukunft in den Vereinigten Staaten, in Kanada oder in Australien.

Die Gastarbeiter-Migration der 1960er Jahre, die auf einem bilateralen Abkommen zwischen Deutschland und Griechenland basierte, fügte dieser Auswanderungsgeschichte ein weiteres Kapitel hinzu. Die Geschichte der griechischen Migration nach Deutschland ist laut *Immig* noch wenig untersucht: Etwa die eigenen Strategien von Migrantinnen und Migranten, die Rolle von migrantischen Netzwerken und Vereinen oder die Medien-Geschichte, welche die Repräsentationen von Migrantinnen und Migranten in Deutschland betrachtet, stellen in ihren Augen einige der Forschungsdesiderate dar.

Insgesamt, so führte *Immig* aus, verließen zwischen 1949–1974 ca. 1,2 Millionen Griechinnen und Griechen aus wirtschaftlichen Gründen ihr Heimatland; das waren etwa neun Prozent der Bevölkerung. Viele von ihnen erträumten eine Rückkehr, die sich allerdings, wie soziologische Untersuchungen zeigen, oftmals als Illusion he-

rausstellte: Bis weit in die 1970er Jahre hinein erschwerten die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eine Remigration; Hellas galt weiterhin als typisches Auswanderungsland. Allerdings wurde ein anderer Trend von der internationalen Migrationsforschung weniger beachtet: Die Binnen-Migration, die in den 1960er und 1970er Jahren die großen Städte in Griechenland durch den kontinuierlichen Bevölkerungszuwachs und die entsprechende Bautätigkeit grundlegend veränderte.

Unerwartet begann in den 1990er Jahren eine neue und in dieser Form ungeahnte Zuwanderungsbewegung, durch die Hellas das Prädikat als neues Einwanderungsland erhielt. Nach dem Ende des Kommunismus migrierten hunderttausende Albanerinnen und Albaner nach Griechenland, um für wenig Geld als Maurer, Maler, Landarbeiter oder Haushaltshilfen zu arbeiten. Das damals wirtschaftlich prosperierende Griechenland wurde in jener Dekade zum Zielland für Arbeitsmigration auch aus anderen post-sozialistischen Staaten wie etwa Bulgarien, Rumänien oder Georgien. Mit der Einwanderung von rund einer Million ausländischer Arbeitskräfte in knapp zwei Jahrzehnten erhöhte sich der Ausländeranteil in Griechenland auf rund zehn Prozent.<sup>3</sup>

In der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts setzte eine weitere Zuwanderung ein: Die Fluchtmigration von Schutzsuchenden und Geflüchteten aus Krisen- und Kriegsregionen des Nahen und Mittleren Ostens und aus Afrika, die heimlich und ohne Papiere über Nord-Griechenland und die Seegrenze in der Ägäis einreisten. Diese irreguläre Fluchtmigration setzt sich bis heute fort und führt zu vielfältigen Konflikten innerhalb des Landes und der EU.<sup>4</sup>

In der anschließenden Diskussion wurde auf die sozialen Folgen für die griechische Gesellschaft aufgrund der gegenwärtigen Zuwanderungsbewegungen hingewiesen, für die sich neue Fragen nach Integration und Multi-Kultur-

3 Vgl. *Jutta Lauth Bacas*, Griechenland und seine Ausländer: Integration und Exklusion in Zeiten der Krise, in: *Südosteuropa, Institut für Ost- und Südosteuropaforschung*, Regensburg, 60. Jg., 2012, Heft 3, S. 410–432.

4 Vgl. *Jutta Lauth Bacas*, Griechenland und der Hotspot Lesbos im Corona-März 2020. Aktuelle Probleme europäischer Flüchtlingspolitik, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 1–2 / 2020, S. 51–66.

alität stellen. Auch sollte die aktuelle Flucht-Migration aus Kriegs- und Krisengebieten als „andere Migration“ nach Griechenland nicht isoliert betrachtet werden, sondern im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen (Transit-Migration durch Griechenland, Balkanroute) gesehen werden. Insofern ist Griechenland, wie der Titel von *Immigs* Beitrag unterstreicht, ein Fallbeispiel dafür, wie sich Zuwanderung und Auswanderung immer wieder verschränken.

### Staatliche Migrationspolitiken am Beispiel Bulgariens

Als zweite Referentin erläuterte Frau Prof. Dr. *Anna Krasteva*, Direktorin des CERMES (Centre for Refugees, Migration and Ethnic Studies, Sofia) und Professorin an der New Bulgarian University, das Phänomen der Immigration und staatliche Migrationspolitiken am Beispiel Bulgariens. Einleitend illustrierte *Krasteva* mit zwei Filmausschnitten zwei Narrative oder Modelle von Wanderungsbewegungen in Bulgarien: Zum einen das Modell der auf staatlichen Druck erfolgten Emigration, das mit Vorstellungen von Zwang und Unterdrückung verbunden ist; zum anderen das Modell der modernen Mobilität, das mit Vorstellungen von Freiheit, Entwicklung und Entfaltung assoziiert ist. Die aktuelle Zuwanderung nach Bulgarien charakterisierte *Krasteva* als „small immigration“, die rund 150.000 Personen umfasst.

Dieser Zuwanderung steht, so *Krasteva*, die Abwanderung von rund 1,3 Millionen Menschen gegenüber, die Bulgarien in den letzten drei Dekaden als Emigranten und Emigrantinnen verlassen haben (bei rund sieben Millionen Einwohner\*innen). Die Wanderungsbewegungen in Bulgarien sind somit durch eine extrem asymmetrische Struktur gekennzeichnet: *Krasteva* nannte diese Entwicklung das „Bulgarian migration paradox“:<sup>5</sup> Sie kritisierte, dass die Realität dieser Abwanderung – vor allem in Länder der EU – von der bulgarischen Regierung bis heute ignoriert und verschleiert wird. Denn obwohl der Exodus der weniger oder auch gut Gebilde-

ten omnipräsent sei, habe die gegenwärtige Regierung bisher keine Migrationspolitik zur Steuerung der Abwanderung bulgarischer Staatsbürger\*innen entwickelt.

Die Struktur der Einwandererpopulation in Bulgarien hat sich in den letzten Jahren ausdifferenziert. Die russischen Staatsbürger wurden von *Krasteva* als die älteste und mit rund 30.000 Personen als die größte Zuwanderergruppe in Bulgarien genannt. Sie gelten als gut integriert in die bulgarische Gesellschaft, worauf auch die Existenz zahlreicher bi-nationaler Ehen und bi-lingualer Familien hinweise. Neben dem Zuzug von arabisch-sprachigen Studierenden und Geschäftsleuten habe sich in den letzten zehn Jahren auch eine chinesische Zuwanderung entwickelt, da chinesische Unternehmen in Bulgarien investierten und chinesische Geschäftsleute und Kleinhändler in urbanen Märkten ein Auskommen fänden. *Krasteva* bezeichnete diese Nationalitäten-Gruppen als relativ gut integriert, weil sie sowohl in Bezug auf ihre Wohnsituation als auch im postsozialistischen Arbeitsmarkt Anschluss gefunden hätten. Daneben wurde Bulgarien zur neuen Heimat für knapp 15.000 britische und deutsche Rentner\*innen, die wegen der (im internationalen Vergleich) niedrigen Lebenshaltungskosten nach Bulgarien übersiedelten.

Ganz anders sieht nach *Krasteva* die Lebenslage von geflüchteten Menschen in Bulgarien aus. Während der Flüchtlingskrise 2015/2016 seien Flüchtlinge und Migranten ohne Papiere informell auch nach Bulgarien eingereist, so dass die Zahl der Asylanträge sprunghaft in die Höhe gestiegen sei. Insgesamt seien zwischen 1993 bis 2015 rund 25.000 Flüchtlinge in Bulgarien anerkannt worden und hätten einen regulären Aufenthaltsstatus erhalten. Allerdings lebten nach Schätzung des UNHCR aktuell nur rund 2.000 anerkannte Flüchtlinge dauerhaft im Land, weil in Bulgarien nur wenige staatliche Unterstützungsstrukturen existierten und viele Menschen in westeuropäische Länder weiter migrierten.

5 Vgl. *Anna Krasteva*, A Bulgarian Migration Paradox. Migration and Development in Bulgaria, 2019, <https://ec.europa.eu/migrant-integration/library/doc/the-bulgarian-migration-paradox-migration-and-development-in-bulgaria?fbclid=IwARoEXXvMswp7dVl2JfswzaEeWqk3mc7ovmjb3ETmZs4KlvyLkcheoFbrvM>

Trotz ihrer aktuell eher kleinen Zahl würden Flüchtlinge in Bulgarien zum Ziel einer massiven, rassistischen Anti-Migrations-Rhetorik, unter anderem durch rechtsradikale und nationalistische Gruppen sowie Teile der politischen Elite. In der flüchtlingsfeindlichen Rhetorik und der restriktiven staatlichen Politik gegenüber Asylantragsteller\*innen (Regelinhaftierung, Bau einer Zaunanlage an der Grenze zur Türkei) sah *Krasteva* trotz sehr geringer Ankunftsahlen ein weiteres Paradox der aktuellen bulgarischen Migrationspolitik, die ihrer Meinung nach ignoriert, dass Bulgarien ein Transitland war und bleiben wird.<sup>6</sup>

Abschließend bezog sich *Krasteva* auf die Rückkehr-Migration als eine neue Form der Migrationsbewegung nach Bulgarien: Vor dem Ende der kommunistischen Herrschaft sei die Auswanderung eine einschneidende Lebensentscheidung gewesen, auch wegen der Unmöglichkeit einer Rückkehr. Laut *Krasteva* bedeutet die Möglichkeit der Heimkehr von daher für Menschen aus Bulgarien eine wichtige Errungenschaft nach dem Ende der kommunistischen Ära.

In der Diskussion wurde aus dem Publikum ergänzt, dass die Rückkehr dieser Ex-Pats allerdings nicht immer eine Erfolgsgeschichte darstelle insofern, als der Einstieg in den Arbeitsmarkt und die Integration zum Teil weniger erfolgreich verlaufen seien als ursprünglich erhofft. In der Dynamik zwischen Zuwanderung und Abwanderung aus Bulgarien trage die Rückwanderung damit nicht wesentlich zu einer Entschärfung des Bevölkerungsschwunds in den letzten Dekaden bei, noch könne die Remigration die mit Abwanderung verbundenen Verluste an demographischem, sozialem, kulturellem und demokratischem Kapital ausgleichen.<sup>7</sup>

### Transnationale Mobilität: Kroatien im Aufbruch?

Im dritten Beitrag der Sozialanthropologin Dr. *Caroline Hornstein Tomić* vom Institut für Sozi-

alwissenschaft „Ivo Pilar“ in Zagreb wurde die Zuwanderung nach Kroatien in eine Analyse der umfassenden demographischen Entwicklungen im Land eingebettet. Unter dem Titel „Transnationale Mobilität als Entwicklungsstrategie: Kroatien im Aufbruch?“ analysierte *Hornstein Tomić* die Ziele einer neuen staatlichen Entwicklungsstrategie, die auf transnationale Mobilität setzt. Im Kontext der kroatischen Migrationsbewegungen seit den 1990er Jahren unterschied *Hornstein Tomić* zunächst drei Phasen: Die 1990er Jahre als Phase der Transition und Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die Phase nach der Millenniumswende sowie die Gegenwart seit dem Januar 2020.

Mit der Unabhängigkeit (1991) wurden von Kroatiens Präsident Franjo Tuđman, so führte *Hornstein Tomić* aus, neue strategische Beziehungen zur kroatischen Diaspora vor allem in den USA und in Kanada entwickelt, um Unterstützung und Geld zum Aufbau der Wirtschaft einzuwerben. Die Staatsgründung wurde von einigen Mitgliedern dieser kroatischen Diaspora auch als Chance für eine Rückwanderung wahrgenommen. Von daher trat Zuwanderung nach Kroatien in den 1990er Jahren vor allem als Remigration auf, als nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eine Rückkehr wieder möglich war.<sup>8</sup> So habe die Transition und Frühphase des politischen Wandels eine durchaus erkennbare Rückkehr-Bewegung ausgelöst; unter den Rückkehrern seien politische Emigranten, auch Angehörige der zweiten Generation oder Nachkommen früherer Auswanderer gewesen.

Allerdings habe diese Remigrationsbewegung weder dauerhaft angehalten noch sei sie zahlenmäßig herausragend gewesen, wie *Hornstein Tomić* ausführte. Trotz ihrer hoffnungsvollen Erwartungen hätten viele der hochqualifizierten Rückkehrer de facto tiefgreifende Probleme vorgefunden: Ein niedriges Lohnniveau, erodierende Sozialsysteme, gravierende Mängel im Gesundheitswesen, Korruption sowie Netzwerk-Gesellschaften und Intransparenz am Arbeitsmarkt. Von daher sprach *Hornstein Tomić* auch

6 *Krasteva*, op. cit., S. 8.

7 *Krasteva*, op. cit., S. 7.

8 *Caroline Hornstein Tomić* / *Robert Pichler* / *Sarah Scholl-Schneider* (eds.), *Remigration to Post-Socialist Europe. Hopes and Realities of Return*, Zürich, LIT Verlag, 2018.

von einer Rückkehr-Enttäuschung und von Bitterkeit, die sich an Erfahrungen der Remigration in den 1990er Jahren knüpfen.

Die zweite Phase, die von *Hornstein Tomić* analysiert wurde, begann mit der Millenniums-Wende. Schon im Oktober 2001 unterzeichnete Kroatien ein Assoziierungs-Abkommen mit der Europäischen Union. Mit dem EU-Beitritt (1. Juli 2013) erhielten Kroatinnen und Kroaten die volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit. Seitdem gehört Kroatien zu den Ländern Europas mit der höchsten Emigrationsrate. Jahr für Jahr wandern rund 100.000 Arbeitskräfte ab, was bereits zu Engpässen in bestimmten Segmenten des nationalen Arbeitsmarkts führte: So etwa fehlen in Kroatien Ärzte, Pfleger und Krankenschwestern.

Nicht nur im Pflegewesen mangelt es an Fachkräften, betroffen sind auch der kroatische Tourismus oder die Bauwirtschaft. Damit betrifft die Abwanderung gleichermaßen hoch wie niedrig qualifizierte Berufssegmente. *Hornstein Tomić* erwähnte zudem auch den „Brain-Drain“ (Talentverlust) von jungen, qualifizierten Hochschulabsolvent\*innen, die nach ihrem Abschluss nicht vom nationalen Arbeitsmarkt aufgenommen werden könnten. Die Abwanderung und ihre demographischen Folgen sind laut *Hornstein Tomić* dramatisch: Die Diaspora von ausgewanderten Kroatinnen und Kroaten sei heute genauso groß wie die Wohnbevölkerung in Kroatien selber.

Die dritte Phase hat nach *Hornstein Tomić* gerade erst begonnen: Am 1. Januar 2020 trat in Kroatien eine neue Visumregelung in Kraft, welche die Visumpflicht für die Einreise von Angehörigen aus bestimmten Drittstaaten nach Kroatien (und damit in die EU) aufhebt.<sup>9</sup> Diesen Spielraum zur Aussetzung der Visumpflicht habe die Regierung, so *Hornstein Tomić*, weil Kroatien noch nicht dem *Schengener* Abkommen beigetreten sei. Zudem würden die Regelungen für die Erteilung von offiziellen Arbeits- und Auf-

enthaltserlaubnissen für Drittstaatsangehörige wesentlich erweitert und dadurch letztlich gelockert. Explizit informierten kroatische Botschaften, dass eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt werde für „third-country citizens who carry out key business activities in companies, branches and representative offices“.

Mit dieser Öffnung, die sich gezielt an wirtschaftlich aktive Personen aus Staaten außerhalb der EU richte, wolle die Regierung eine Trendumkehr veranlassen: Dass Kroatien von einem Auswanderungs- und Transitland zu einem für potenzielle Investoren oder Arbeitskräfte aus Drittstaaten attraktiven Land werde. Ob die Förderung der transnationalen Mobilität in Kroatien den gewünschten Effekt zeigen werde, bleibt abzuwarten. Noch sei es zu früh zu beurteilen, ob transnationale Mobilität eine Antwort auf den negativen demografischen Trend darstellen könne.

In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die offene, neue Migrationspolitik Kroatiens in krassem Gegensatz zu aktuellen Geschehnissen an der Grenze zu Bosnien und Herzegowina steht. Dort werden strenge Grenzkontrollen zur Verhinderung von klandestinen Einreisen von Flüchtlingen und irregulären Migranten mit menschenrechtlich problematischen Methoden durchgeführt; Push-Backs von Flüchtlingen nach Bosnien und Herzegowina mit „ein bisschen Gewalt“ räumte sogar die Präsidentin Kroatiens, Kolinda Grabar-Kitarović, in einem TV-Interview öffentlich ein.<sup>10</sup>

### Sprache und Ausgrenzung am Beispiel von Kosovo

Im vierten Beitrag des Symposions zur neuen Einwanderung nach Südosteuropa analysierte die Linguistin Dr. *Lumnije Jusufi*, Humboldt-Universität Berlin, Aspekte des Kultur- und Sprachtransfers zwischen Deutschland und Kosovo, die in Kosovo durch Migrationsprozesse ausgelöst wurden. Unter dem Titel „Geliebt und ge-

9 Bürger aus folgenden Staaten können ohne Visum nach Kroatien einreisen: Argentinien, Australien, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Brunei, Chile, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Hongkong (CN), Israel, Japan, Kanada, Macao, Malaysia, Mazedonien, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Panama, Paraguay, San Marino, Singapur, Südkorea, Türkei, Uruguay, USA, Venezuela.

10 Deutsche Welle, Kroatiens Push-Backs mit „ein bisschen Gewalt“, 13.07.2020, <https://www.dw.com/de/fl%C3%BCchtlinge-kroatiens-push-backs-mit-ein-bisschen-gewalt/a-49571105>

hasst: Ausgrenzungstendenzen und Verhärtung des sprachkulturellen Diskurses am Beispiel des Kosovo“ diskutiert sie materielle und sprachliche Transferprozesse im Kontext der Interaktion zwischen Kosovo-Auswanderern und denjenigen Einheimischen, die sich gegen den verbreiteten Trend zur Auswanderung entschieden haben.

Nach *Jusuŕi* ist Deutschland das bevorzugte Zielland für Migrantinnen und Migranten aus Kosovo (gut die Hälfte aller Auswanderer habe eine Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland). Allerdings sind wegen der fehlenden Arbeitnehmer-Freizügigkeit Pendel-Migration und Rückwanderung wichtige Kennzeichen dieser Arbeitsmigration. Die sozialen Folgen wurden von *Jusuŕi* untersucht: Während der regelmäßigen Besuche oder Aufenthalte in Kosovo können zwischen eingesessenen und ausgewanderten Familienmitgliedern durchaus Konflikte und Konkurrenzgefühle auftreten.

Im Wettbewerb um soziales Kapital stehen in Kosovo ansässige Familienmitglieder, die zum Teil höhere Schulabschlüsse erworben haben, in Konkurrenz mit ihren migrierten Geschwistern, die im Ausland zwar besser bezahlte, aber letztlich harte „Drecksarbeit“ machen. Manche der Rückkehrer/Urlauber versuchen, diese Konkurrenz-Situation mit extensivem Konsumverhalten („conspicuous consumption“) zu kompensieren. Rückkehrer sehen sich häufig auch mit materiellen Erwartungen der Herkunftsfamilie konfrontiert, etwa dass sie Brüderrhäuser oder das Studium von Geschwistern, Neffen und Nichten in Kosovo zu finanzieren haben. Gegenseitige Vorwürfe und Enttäuschungen, Verhärtungen und Ausgrenzungen in den Familienbeziehungen können die Folgen sein, die unter Umständen auch generationenübergreifend an die nachfolgende Generation von migrantischen und „einheimischen“ Familienmitgliedern weitervermittelt werden.

Trotz der Pendelbewegungen ist die Auswanderung aus Kosovo ein beständiges Sozialphäno-

men, welches Veränderungen in der kosovarischen Gesellschaft ausgelöst hat. Neben den Geldtransfers und dem Kulturtransfer (Import von Konsumgütern, Wandel in den Gebrauchsmustern) zeigen sich Veränderungen auch in der Alltagssprache in Kosovo.<sup>11</sup> Vor allem lässt sich ein Sprachtransfer durch die Entlehnung deutscher Begriffe in die albanische Fachsprache beobachten. So werden laut *Jusuŕi* in der albanischen Baubranche zum Teil deutsche Berufsbezeichnungen verwendet (etwa für die Bereiche Maler, Sanitär) und in der Automobilbranche deutsche Begriffe für Kfz-Ersatzteile oder -Dienstleistungen übernommen. Auch in der albanischen Großgastronomie-Branche sind Neologismen entstanden, die sich an deutsche Wörter anlehnen, besonders für Küchengeräte und Küchenutensilien. Da die lokale Wirtschaft weiter von Zuflüssen, Importen und Geldüberweisungen aus der Diaspora gekennzeichnet ist, wird der von *Jusuŕi* beobachtete Wandel in der Sprache eher kein temporäres Phänomen bleiben.

### Fazit

Wie die Referentinnen des Symposions „Die andere Migration – Aktuelle Zuwanderung in die Länder Südosteuropas“ überzeugend darlegten, spielt die Zuwanderung im Rahmen der komplexen Migrationsprozesse in Südosteuropa seit dem 19. Jahrhundert bis heute eine konstante und in den jeweiligen Ländern durchaus bedeutsame Rolle. Die Beiträge der Vortragenden wiesen neben der Relevanz einer Rückkehr-Migration auch auf die ökonomische Bedeutung der aktuellen Zuwanderung von Ausländern und Ausländerinnen aus der EU und aus Drittstaaten hin, die ein Entwicklungspotential für die Länder Südosteuropas bieten könnte. So könnte etwa die Tür für „transnationale Mobilität“ als Entwicklungsstrategie nicht nur von Kroatien breiter geöffnet werden:

Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis zum Beispiel möchte mit einer erheblichen Steuervergünstigung für vermögende Rentnerinnen und Rentner aus EU-Staaten die

11 Vgl. *Lumnije Jusuŕi*, Die kosovarischen „Schatzis“. Das Verhältnis zwischen den einheimischen und den ausgewanderten Bevölkerungsgruppen in Kosovo, Heft 4 / 2020 der Südosteuropa-Mitteilungen (erscheint in Kürze).

sogenannte „silver economy“ in Griechenland ankurbeln.<sup>12</sup> Andererseits könnte eine steuerbegünstigte Zuwanderung in die Region auf eine durchaus zu erwartende weitere Abwanderung treffen, die im Zusammenhang mit den negativen wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pan-

demie in Südosteuropa bereits von Expertinnen und Experten thematisiert wird.<sup>13</sup> Das Thema der komplexen Migrationsprozesse aus, durch und nach Südosteuropa bleibt somit auch in der kommenden Dekade des 21. Jahrhunderts hochaktuell.

- 12 Handelsblatt, Griechenland wirbt mit Steuerflattrate um Rentner, 4.8.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/silver-economy-griechenland-wirbt-mit-steuerflattrate-um-rentner/26000358.html?ticket=ST-19830986-oqzZi7za1yu1ieB1FA93-ap5>
- 13 Vgl. *Claudia Lastro*, Bericht zum Online-Fachgespräch der SOG über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf dem Westbalkan, in: Südosteuropa Mitteilungen 1–2 / 2020, S. 121–126.

## Online-Fachgespräche zur Corona-Krise in Ostmittel- und Südosteuropa – Teil II

### Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Rumänien

**Südosteuropa-Gesellschaft, 25. April 2020**  
**Bericht von Christian Hagemann, München**

*Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Ostmittel- und Südosteuropa waren Gegenstand von insgesamt drei Online-Fachgesprächen der Südosteuropa-Gesellschaft im April und Mai 2020. Die beiden Geschäftsführer der Gesellschaft, Dr. Hansjörg Brey und Dr. Christian Hagemann, luden jeweils zusammen mit dem Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft, Manuel Sarrazin, MdB, drei bis fünf Experten ein, online mit ihnen spezifischen Fragestellungen zu den Dimensionen, dem Umgang mit und den Auswirkungen der Corona-Pandemie in verschiedenen Teilregionen Südosteuropas nachzugehen. Als Zuhörer\*innen und jeweils am Ende der 90-minütigen Fachgespräche auch als Mitdiskutant\*innen und Fragestellende nahmen bis zu 100 Interessierte teil.*

*Im Online-Fachgespräch Teil I am 6. April 2020 ging es um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in den Ländern des westlichen Balkans; am 25. April 2020 in Teil II um die Länder Ungarn, die Slowakei, Slowenien und Rumänien (Bericht hier folgend). Am 11. Mai 2020 in Teil III ging es um die Auswirkungen der Pandemie in Griechenland, der Türkei und Zypern. Alle On-*

*line-Fachgespräche sind auf Youtube nachzuverfolgen und nachzuhören unter dem Link: <https://tinyurl.com/y7r8zqso> (Anm. d. Red.).*

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Rumänien waren Gegenstand des digitalen Fachgespräches mit Expertinnen und Experten für die Region Südosteuropa am 25. April 2020. Moderiert wurde das Gespräch von Dr. Hansjörg Brey und Dr. Christian Hagemann, den Geschäftsführern der Südosteuropa-Gesellschaft. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft, Manuel Sarrazin, MdB, präsentierte Christian Hagemann die aktuellen Zahlen zu Tests, Infektionen sowie Todesfällen in den vier zu diskutierenden Ländern.

*Hansjörg Brey leitete daraufhin die drei Fragenrunden mit den fünf eingeladenen Expertinnen und Experten. Dies waren Prof. Dr. Dr. h. c. Herbert Küpper, Geschäftsführer des Instituts für Ostrecht München e. V.; Dr. Gregor Mayer, Südosteuropa-Korrespondent, Deutsche Presseagentur, Belgrad / Budapest; Monika Profantová, Reiseleiterin und Landeskennerin aus Po-*